

Sitzung vom 16. März 2016

215. Anfrage (Hochpreisinsel Schweiz)

Die Kantonsräte Martin Sarbach und Andreas Hauri, Zürich, haben am 7. Dezember 2015 folgende Anfrage eingereicht:

In seiner Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 316/2012 hat der Regierungsrat bestätigt, dass der Kanton Zürich, genauso wie die Konsumentinnen und Konsumenten, gegenüber Abnehmern derselben Produkte aus dem Ausland einen ungerechtfertigten «Zuschlag Schweiz» bezahlt. Dies betrifft insbesondere medizinische und biomedizinische Produkte. Er hat zudem in seiner Antwort für seine inhaltliche Positionierung gegenüber griffigeren kartellrechtlichen Regeln auf die laufenden Kommissions- und Parlamentsberatungen der damals hängigen Kartellrechtsrevision verwiesen.

Nachdem die Kartellrechtsrevision, welche Massnahmen gegen die Hochpreisinsel Schweiz gebracht hätte, im Bundesparlament scheiterte, haben im Nachgang zum «Frankenschock» weite Kreise erkannt, dass gegen das volkswirtschaftlich schädlich hohe Preisniveau angegangen werden muss. Folgerichtig hat die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren in ihrer Medienmitteilung vom 5. November 2015 ausdrücklich bekräftigt, dass sie die diesbezüglichen Bemühungen auf nationaler Ebene (Parlamentarische Initiative Altherr) unterstützt.

Wir bitten den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Haltung der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren?
2. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens (Vernehmlassung) die Initiative Altherr zu unterstützen?

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Martin Sarbach und Andreas Hauri, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Die parlamentarische Initiative Altherr verlangt eine Revision des Kartellrechts, um mit der begrifflichen Ausweitung der «relativen Marktmacht» von Unternehmen gegen überhöhte Importpreise vorzugehen. An der Plenarsitzung vom 5. November 2015 hat die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz mit Unterstützung der Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin beschlossen, die parlamentarische Initiative zu unterstützen.

Der hohe Wechselkurs des Schweizer Frankens zum Euro einerseits und überhöhte Importpreise aus dem EU-Raum andererseits stellen für die Schweiz ein grosses volkswirtschaftliches Problem dar. Während der hohe Wechselkurs vor allem die Exportwirtschaft und den Tourismus behindert, verteuern überhöhte Importpreise die Endpreise und mutmasslich auch die Produktions- und Dienstleistungskosten im Inland. In welchem Ausmass die Produktions- und Dienstleistungskosten im Inland durch überhöhte Importpreise verteuert werden, bedarf einer eingehenden Prüfung. Überhöhte Importpreise, welche die Produktionskosten im Inland verteuern, belasten auch den Export. Der hohe Wechselkurs und gegebenenfalls überhöhte Importpreise führen zu Marktverzerrungen und behindern die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im globalen Markt. Es ist daher richtig, Marktverzerrungen nach Möglichkeit zu beseitigen. In der Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 316/2012 betreffend nicht gerechtfertigter «Zuschlag Schweiz» bei Einkäufen von Produkten durch den Kanton Zürich hat der Regierungsrat bereits ausgeführt, dass überhöhte Preise im globalen Markt unerwünscht sind und diese wo möglich und sinnvoll unterbunden werden sollen.

Zölle, Wechselkurse, eigene Kostenstrukturen und gegebenenfalls überhöhte Importpreise sind in ihrer Kombination und Auswirkung auf die Volkswirtschaft komplex. Massnahmen allein gegen überhöhte Importpreise müssen auf ihre Effektivität, Durchsetzung und Auswirkung auf die Wirtschaft eingehend geprüft werden. Dabei ist zu vermeiden, dass mit Massnahmen gegen Marktverzerrungen wiederum unerwünschte Auswirkungen auf die Wirtschaft entstehen.

Die Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Ständerates und des Nationalrates haben der parlamentarischen Initiative Altherr im Grundsatz zugestimmt. Die WAK des Ständerates arbeitet nun eine entsprechende Gesetzesvorlage aus. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen der parlamentarischen Initiative Altherr grundsätzlich und wird im Rahmen der Vernehmlassung die konkreten Vorschläge prüfen und zu den beabsichtigten Massnahmen Stellung nehmen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi